

„Gelungenes Kunstwerk“

Die Ampel-Regierung lässt nicht unversucht, um ihren fragilen Fortbestand bis zur Neuwahl im September 2025 zu sichern. Nur mit erheblicher Mühe konnte sich die Dreierkoalition auf einen Haushaltsentwurf einigen, der gleichwohl deutliche Ungereimtheiten und Dissonanzen aufweist. Ideologische Differenzen und allgegenwärtige Finanznöte blockieren überfällige Reformen und Problemlösungen in Gesellschaft und Wirtschaft. Politischer Stillstand regiert in einer ohnehin schwierigen Wettbewerbssituation, in der Deutschland zunehmend den Anschluss an die anderen Industrienationen zu verlieren droht.

„Machterhalt“

Deutschland lebt weiterhin über seine Verhältnisse. Das zeigt – laut Focus – der neue Ampel-Haushalt, der auf den drei Prinzipien Umverteilung, Rekordausgaben und Hoffnung beruhe. Mit einem Jahres-Budget von 481 Mrd. Euro bleibe Deutschland Wohlfahrtsstaat und Umverteilungsmaschine. Ob der vom Bundeskanzler als „gelungenes Kunstwerk“ gepriesene Bundeshaushalt die vollmundigen Erwartungen erfüllt, erscheint zweifelhaft. Die formelle Einhaltung der Schuldenbremse war nur dank diverser Buchhaltungs-Tricks möglich. Dazu zählen die als „globale Minderausgabe“ im Entwurf ausgewiesenen 16 Mrd. Euro. Die Koalition verpflichtet sich folglich, diesen Betrag im nächsten Jahr noch einzusparen. Wo und wie, bleibt derzeit offen. Verfassungsrechtler halten das an sich nicht unübliche Verfahren in diesem Fall wegen der Höhe der Summe für bedenklich. Der Bundeswirtschaftsminister spricht etwas blumig vom Dreiklang „Wirtschaft, Klima, Kinder“, der den Haushalt und die Begleitbeschlüsse zusammenfasse. Im Herbst muss dieser wackelige Haushaltsentwurf vom Bundestag verabschiedet werden. Nicht auszuschließen ist, dass die von der Regierung mühsam herbeigeführte Einigkeit bei anhaltendem demoskopischen Absturz der drei Koalitionsparteien erneut aufbrechen wird. Nach Bewertung des Publizisten Gabor Steingart belegt der Haushaltskompromiss 2025 der Ampel vorrangig den Willen zum Machterhalt. Verteidigung, Wirtschaft und Sozialstaat blieben auf der Strecke, während die Regierung unrealistische Wachstumsziele verfolge.

Wachstumsinitiative

Auch die sogenannte Wachstumsinitiative der Bundesregierung bestätigt die Erfahrung, dass zwischen „gut gemeint“ und „gut gemacht“ oft erhebliche Unterschiede bestehen. Mit 49 Einzelmaßnahmen soll die deutsche Standortqualität für Unternehmen, Investoren sowie ausländische Fachkräfte erhöht werden. Die Ampel-Koalition geht davon aus, dass das Maßnahmenpaket 2025 zu einem zusätzlichen Wachstum von einem halben Prozentpunkt führen wird, was einer Wirtschaftsleistung von 26 Mrd. Euro entspräche. Das Programm will durch entsprechende Anreize die Bereitschaft der Menschen erhöhen, freiwillig mehr und länger zu arbeiten. Steuerliche Bevorteilung soll die Gewinnung ausländischer Fachkräfte erleichtern. Deutsche Arbeitnehmer sollen bei der Einkommensteuer sowie durch Erhöhungen des Kinder- und Grundfreibetrags entlastet werden. Auch beim Dauerbrenner-Thema Bürokratie-Abbau sollen konkrete Maßnahmen für Entschlackung sorgen. Private Investitionen sollen durch beschleunigte Abschreibung und höhere Forschungszulagen gefördert werden. Die KfW soll Instrumente zur Unterstützung des Ausbaus von Produktionskapazitäten in Form von zinsverbilligten Krediten und Bundesgarantien erhalten. Etabliert werden soll ein Eigenkapital-Transformationsfonds mit besonderer Ausrichtung auf Mittelstand und Handwerk. Außerdem soll die Versorgung der Wirtschaft mit bezahlbarer Energie verbessert und gesichert werden.

„Marginale Effekte“

Die Reaktionen der deutschen Wirtschaft auf die Wachstumsinitiative der Bundesregierung sind verhalten. So erwartet der BDI „nur marginale Wachstumseffekte“. Die Beschlüsse stärkten vorrangig „die Kaufkraft der privaten Haushalte“, Unternehmen würden hingegen kaum entlastet. Die DIHK sieht zwar ein positives Signal in Form einer Anerkennung von Handlungsbedarf durch die Bundesregierung. Die geplanten Maßnahmen eröffneten allerdings kaum die Chance, das Ruder in Richtung nachhaltiges Wachstum herumzureißen. Die DIHK weiter: „Wir hätten uns natürlich auch gewünscht, dass die Politik am Steuerthema insgesamt arbeitet. Denn wir liegen im internationalen Vergleich bei der Steuerentlastung immer noch ganz oben. Die komplette Abschaffung des Solis wäre beispielsweise ein gutes Signal

gewesen.“ Die DIHK verweist auf die unverändert großen Herausforderungen für die Automobil- und Zulieferindustrie sowie die Grundstoffindustrie. Der Maschinenbau meldet rückläufige Zahlen. Auch im Bau- und Immobiliensektor ist die Lage schwierig.

Wachstumsschwächen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Wachstumsprognose 2024 für die Eurozone auf 0,9 % angehoben. Für Deutschland erwartet der IWF jedoch ein „weiter schleppendes Wachstum“ von nur 0,2 %. Damit werde die Bundesrepublik 2024 erneut konjunkturelles Schlusslicht unter den großen Industrienationen bleiben. Diese Prognose steht im diametralen Widerspruch zur vom Bundeskanzler ausgesprochenen Erwartung, Deutschland könne zum „Stabilitätsanker in einer unruhigen Welt“ werden. Noch negativer fällt für Deutschland die Prognose der EU-Kommission aus. Trotz der Anfang 2024 erfolgten Erholung der europäischen Wirtschaft soll die deutsche Konjunktur in diesem Jahr – laut EU – nur noch um 0,1 % zulegen. Erheblich gefallen ist der ZEW-Index, das Barometer für die Erwartungen in den kommenden sechs Monaten. Nach elf Anstiegen in Folge hat der Index einen kräftigen Dämpfer erhalten. Das ZEW merkt an: „Der wirtschaftliche Ausblick trübt sich ein. Zum ersten Mal seit einem Jahr sinken die Konjunkturerwartungen für Deutschland.“ Die Auftragseingänge der deutschen Industrie sind im Mai erneut unerwartet stark zurückgegangen. Der Einbruch lag gegenüber dem Vorjahresmonat bei -8,6 %. Und die deutschen Exporte sind im Mai – im Vergleich zum Vormonat – um 3,6 % geschrumpft. Auch in der Insolvenz-Statistik hinterlässt der strukturelle Niedergang deutliche Spuren. Im ersten Halbjahr 2024 haben 162 Unternehmen mit einem Umsatz von über 10 Mio. Euro existenzielle Notlagen angemeldet, was gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Anstieg um 41 % ausmacht. Besonders betroffen sind Immobilienunternehmen, Zulieferer und Maschinenbauer. Woher der Wind weht, zeigt die Entwicklung der Baunachfrage. So sind von Januar bis Mai 2024 hierzulande 21,5 % oder 24.400 weniger Wohnungen genehmigt worden als im Vorjahreszeitraum. Deutlich wachsende Nachfrage melden dagegen Fachanwälte und Berater für Restrukturierung und Sanierung.

„Verlorene Jahre“

Läge die Wahl allein bei den Entscheidern, so würde der nächste Bundeskanzler Friedrich Merz heißen. Bei einer Untersuchung im neuesten Elitepanel von Allensbach haben sich 64 % der befragten 136 Top-Manager, 89 Spitzenpolitiker und 44 Spitzenbeamten für den CDU-Vorsitzenden ausgesprochen, nur noch 33 % für Scholz. Bei der letzten Umfrage vor acht Monaten hatte Merz mit 47 % noch knapp hinter dem Amtsinhaber (49 %) gelegen. Nur 12 % glauben, Scholz könne mit seiner SPD den Rückstand auf die Union und Merz aufholen. Auch die allgemeine Stimmungslage stellt sich für die Ampel wenig hoffnungsvoll dar. 85 % der Befragten zeigen sich als von der Koalition insgesamt enttäuscht, nur 9 % zufrieden. Schwach fällt auch die Benotung der Wirtschafts- und Energiepolitik aus: Fast 13 % bewerten den Wirtschaftsstandort Deutschland als „gar nicht gut“ oder „weniger gut“. 70 % stimmen der Aussage, die letzten zwei Regierungsjahre der Ampel seien „verlorene Jahre“ gewesen, zu. Aufschlussreich ist auch folgendes Ergebnis: Vier von fünf befragten Unternehmens-Chefs bezweifeln, dass die Politik überhaupt ein realistisches Bild von der Lage und den Nöten der Wirtschaft hat. Und fast alle Entscheider sind der Auffassung, dass sich das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft insgesamt verschlechtert hat.

EZB im Zwiespalt

„Im Strudel der Schuldenpolitik“ sieht Malte Fischer, Chef-Volkswirt der WirtschaftsWoche, die EZB. Einerseits spreche die hartnäckig hohe Inflation dagegen, die geldpolitischen Zügel erneut zu lockern. Andererseits wachse der Druck, die Finanzierungskosten der hochverschuldeten Länder in der Währungsunion zu senken. Fischer kommentiert: „Vor allem die Vertreter aus den südlichen Ländern der Eurozone dürften angesichts der anämischen Konjunktur Druck machen, den Zinssenkungskurs alsbald fortzusetzen. Beobachter gehen daher davon aus, dass die Notenbanker bei der ersten Sitzung nach der Sommerpause im September die Zinsen erneut um 0,25 Prozentpunkte senken werden. Im Dezember könnte dann ein weiterer Zinsschritt erfolgen. Druck kommt insbesondere aus Frankreich und Italien. Beide Länder sind hoch verschuldet. In Frankreich liegen die Staatsschulden bei 110 Prozent der Wirtschaftsleistung, in Italien sind es 137 Prozent. Beiden Ländern mangelt es am Willen und an der Kraft, die Defizite im Staatsbudget unter die Maastricht-Obergrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu drücken. In Frankreich lag das Haushaltsdefizit im vergangenen Jahr bei 5,5 Prozent des BIP, in Italien waren es 7,2 Prozent.“ Und der Ökonom schließt: „Die Hochschuldenpolitik der Regierungen und die Bereitschaft der EZB, diese in den vergangenen Jahren durch Niedrigzinsen zu alimentieren, haben den geld- und zinspolitischen Spielraum der EZB massiv eingeengt. Den Notenbankern bleibt daher nicht viel anderes übrig, als zu bitten und zu beten, dass die Regierungen ihren Konsolidierungsaufforderungen Folge leisten. Tun sie es nicht, könnten die Notenbanker bald gezwungen sein, sich zwischen Preisniveaustabilisierung und dem Erhalt der Eurozone zu entscheiden. Für eine unabhängige Zentralbank ist das eine bittere Perspektive.“

KI-Boom

Künstliche Intelligenz (KI) ist allerorten auf dem Vormarsch. Zeitgeistige Kritiker merken an, dass der Menschheit schon geholfen sei, wenn zunächst die Ressourcen der natürlichen Intelligenz konsequenter genutzt würden. Als philosophisch bedenklich könnte sich erweisen, wenn natürliche Begabungen und Fähigkeiten dereinst vollständig durch virtuelle Qualitäten verdrängt und ausgetauscht würden. In Deutschland setzen – laut ifo – bereits 27 % der Unternehmen auf KI. Damit hat sich die Zahl der Nutzer in nur einem Jahr verdoppelt. 17,5 % der Betriebe befinden sich in der Planungsphase. KI soll die Produktivität um über 10 % steigern.

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft.



Dietrich W. Thielenhaus
Gastautor

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Der 'markt intern'-Verlag/Düsseldorf vertritt die Interessen mittelständischer Unternehmer in Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe. Anzeigenfreiheit erlaubt 'markt intern' eine unabhängige und kritische Berichterstattung in über 20 Informationsbriefen. Der Verlag unterstützt seine Leser in allen unternehmerischen Belangen. Praxishilfen in Form von Sonderbeilagen und Ratgebern komplettieren das Leistungsspektrum.

markt intern Verlag GmbH | Breite Straße 20 | 40670 Meerbusch | Tel.: +49 211 6698-0 | Fax: +49 211 6698-222 | E-Mail: info@markt-intern.de | www.markt-intern.de